

"Die Widerstände sind riesengroß"

Ein Jahr Große Koalition: Innenminister WOLFGANG SCHÄUBLE über die Schwerfälligkeit der Deutschen, die heiligen Kühe der CDU und die Frage, was von Gerhard Schröder übrig bleibt

DIE ZEIT: Die Große Koalition bekommt in der Öffentlichkeit keine guten Noten. Hat sie verborgene Tugenden, die nicht erkannt werden?

Wolfgang Schäuble: Das Schwierigste haben wir hinter uns. Die Gesundheitsreform war ein Feld, auf dem die Vorstellungen der beiden Partner besonders weit auseinander lagen. Wenn beide hinterher sagen: Allein hätten wir es besser gemacht, dann entsteht leicht der Eindruck: Die halten das Erreichte selbst nicht für so gut. Da- mit muss man ein Stück weit leben. Wir haben ein Ergebnis gefunden, das wenigstens für diese vier Jahre die Probleme so weit löst, wie es notwendig ist. Die Fakten bestätigen, dass die Regierung eine erfolgreiche Arbeit macht, beim Arbeitsmarkt, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Außen- und Sicherheitspolitik, der Inneren Sicherheit.

ZEIT: Man kann den Eindruck haben, dass nur das Kabinett an die Große Koalition glaubt, und überall draußen sitzen Kritiker: die Ministerpräsidenten, die unzufriedenen Parteien, die Wähler.

Schäuble: Wir haben innerhalb der politischen Führung dieser Koalition - also auch in den Fraktionsführungen und den Parteiführungen - das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung, und wir gehen ordentlich miteinander um. Wir wollen das Wettbewerbsmodell der parlamentarischen Demokratie nicht durch eine dauernde Große Koalition ersetzen, wir sagen: Wir machen das jetzt für vier Jahre, dann soll der Wähler, wenn möglich, anders entscheiden.

ZEIT: Was spricht denn eigentlich gegen eine lange dauernde Große Koalition, wenn die Volksparteien relativ nahe beieinander sind?

Schäuble: Die Sozialdemokraten glauben im Zweifel mehr an die Leistungsfähigkeit großer, zentraler Regulierungseinheiten. Wir glauben eher an eine subsidiäre Ordnung, an die Selbstständigkeit kleiner Lebenskreise, die allerdings eine stärkere Wertorientierung braucht. Deswegen ist etwa die »altmodische« Familie für uns keine Petitesse, sondern etwas Zentrales. Man muss im Übrigen zu mancher Kritik aus den Reihen der Länder, insbesondere in meiner Partei, auch sehen: Die relative Bedeutung von Ministerpräsidenten in der Partei ist in Oppositionszeiten größer als in Regierungszeiten.

ZEIT: Verstehen die das auch?

Schäuble: Sie merken es gerade. Daraus erklärt sich manches, was man so sieht oder sehen kann. Außerdem haben wir durch eine insgesamt erfolgreiche Geschichte von mehr als einem halben Jahrhundert eine schwerfällig gewordene Bundesrepublik Deutschland.

ZEIT: Unreformierbar würden Sie das Land nicht nennen?

Schäuble: Nein. Aber die Widerstände gegen Veränderungen sind riesengroß. Das kann man im Übrigen auch so interpretieren: So unzufrieden sind die Menschen mit ihrer Lage im Jahr 2006 gar nicht.

ZEIT: Deutschland ist also kein »Sanierungsfall«?

Schäuble: Wir haben manche Probleme. Aber man muss mit solchen Schlagworten vorsichtig sein. Die Leute möchten wie Faust zum Augen- blicke sagen: Verweile doch, du bist so schön - und wissen zugleich, dass es nicht so ist. Ein Stück weit hat die Regierung der letzten sieben Jahre dabei den Boden für die Große Koalition bereitet. Die Einsicht, dass wir Veränderungen brauchen, ist größer, als sie vor zehn Jahren war. Was habe ich für einen Kampf führen müssen, nicht zuletzt gegen Sozialdemokraten, aber auch gegen Grüne, auch in den eigenen Reihen, um 1996 Reformen durchzusetzen! Schröder hat sie zurückgenommen und ist mit der Agenda 2010 sechs Jahre später darauf zurückgekommen.

ZEIT: Sind Sie jetzt milder gestimmt im Blick auf die Modernisierungsanstrengungen von Rot- Grün?

Schäuble: Es hat Anpassungen an Notwendigkeiten gegeben, auf denen man nun in gewissem Maße aufbauen kann. Nehmen Sie das Beispiel der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Entscheidung zur Teilnahme an der Kosovo-Intervention 1999 hätte, wenn sie von der Regierung Kohl getroffen worden wäre, die Republik an den Rand ihrer Regierbarkeit gebracht.

ZEIT: Tut die Große Koalition genug, um der deutschen Öffentlichkeit unser Verflochtensein mit den weltpolitischen Probleme zu erklären?

Schäuble: Daran müssen wir beständig arbeiten. Wie man heute sieht, erwarten alle von Deutsch- land, dass diese Regierung Europa voranbringt. Die wichtigste Dimension der europäischen Politik in den nächsten Jahren wird die Außen- und Sicherheitspolitik sein. Wenn die Amerikaner, wie die meisten sagen, in einer Phase sind, wo sie zuhören und bereit sind, sich abzustimmen, auch weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass sie unilateral nicht weiterkommen ...

ZEIT; ... werden wir mehr tun müssen. Aber was?

Schäuble: Das wird der Innenminister jetzt nicht aufzählen. Es ist jedenfalls eine der großen Auf- gaben, unseren Mitbürgern zu erklären: Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen. Wir hatten die Debatte beim Libanon-Einsatz.

ZEIT: Der SPD-Vorsitzende hat kürzlich für eine gemeinsame eigenständige europäische Armee plädiert. Ist Ihnen das zu forsch voranmarschiert?

Schäuble: Nein, das ist unsere gemeinsame Überzeugung. Wir haben in Europa die wirtschaftliche Integration weitgehend erfolgreich vorgebracht. Wir haben eine gemeinsame Währung. Wir brauchen nicht in allen Bereichen noch mehr europäische Kompetenzen. Aber im Bereich von Außen- und Sicherheitspolitik brauchen wir sie. Der polnische Ministerpräsident hat eine europäische Armee gefordert ...

ZEIT: ... aber faktisch unter Nato-Kommando.

Schäuble: So viel ist richtig, dass europäische Sicherheitsanstrengungen keine Alternative zur Nato sein dürfen. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik sollte sich immer als ein Beitrag zur atlantischen Gemeinsamkeit verstehen, und sie sollte umgekehrt den Amerikanern sagen: Vertraut multilateralen Abstimmungen. Ich habe kürzlich mit meinem russischen Innenminister- Kollegen über die Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terrorismus gesprochen. Und er war, genau wie ich, der Meinung, dass das am besten im Rahmen einer Kooperation von Russland, EU und Vereinigten Staaten geschehen sollte.

ZEIT: Kann man mit den Russen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zusammenarbeiten? Haben wir überhaupt denselben Terrorismusbegriff?

Schäuble: Man muss kooperieren. Teile des islamistischen Terrorismus und dieses Netzwerks bedrohen uns schon gemeinsam. Die meisten Probleme dieser Welt, die noch sicherheitsrelevant sind, werden sich eher in einem Zusammenwirken der großen Mächte lösen lassen als in einem Gegeneinander. Zu den größeren Sorgen gehört natürlich, dass sich der Terrorismus mit Proliferation verbinden kann, dies wird sich nur im Zusammenwirken der großen Mächte lösen lassen. Wenn wir Russland stärker einbinden oder mit Russland stärker zusammenarbeiten, glaube ich nicht, dass Peking den Weltsicherheitsrat blockiert, um es auf den Punkt zu bringen.

ZEIT: Wieso gelingt es der Großen Koalition nicht in hinreichendem Maße, diese Fragen, große Herausforderungen nicht nur für uns, sondern die Menschheit, ins Zentrum der öffentlichen politischen Diskussion zu rücken. Wieso wird so viel Kraft und Energie auf marginale Themen verwendet?

Schäuble: Das ist ein Problem von Kommunikation. Unsere Medienwelt, diese Flut von ...

ZEIT: Jetzt sind wir wieder schuld.

Schäuble: Überhaupt nicht. Aber alle zehn Sekunden kommt eine neue Agenturmeldung. Die großen Fragen können Sie nicht alle zehn Sekunden in neuen Agenturmeldungen verhackstücken. Wenn diese Regierung gesagt hätte: Na gut, wir haben auch mit dem Arbeitsmarkt Probleme, aber wir kümmern uns jetzt einmal um die wahren Probleme von ganz anderer Größenordnung, dann hätte ein Großteil der Bevölkerung gesagt, die wollen ihre Hausaufgaben nicht machen. Unsere Hausaufgaben also: Wir haben für die - se Legislaturperiode gemeinsam eine möglichst gute Regierung sein wollen. Dazu gehört: Wir werden die europäische Präsidentschaft nutzen müssen, auch den Menschen in Deutschland unsere Überzeugung zu vermitteln, dass das Engagement für Europa und europäisches Engagement in der globalen Welt in unserer Weltverantwortung, in unserem Interesse sind; dass ein guter Patriot nur ist, wer Deutschland in Europa engagiert vertritt, und dass die eigentlichen Verräter am deutschen Interesse diejenigen sind, die mit blöden Sprüchen Deutschland wieder isolieren wollen. Das ist kein Patriotismus. Dabei wird eine Debatte in unserem Land und anderswo notwendig sein: Wozu brauchen wir Europa?

ZEIT: Die Union geht auf ihren Parteitag zu: In der Ausländer- und Familienpolitik hat sich die CDU geöffnet und ihre Position in den letzten Jahren grundlegend verändert. Was bieten Sie Ihrer Partei an Halt, wenn diese heiligen Kühe geschlachtet werden?

Schäuble: Wir schlachten keine heiligen Kühe. Wir muten unserer Partei nur die Begegnung mit der Wirklichkeit zu. Wir sagen: Jeder Mensch hat seine eigene unveräußerliche Würde. Wenn dies so ist, und wir wissen, dass drei Millionen oder mehr Muslime in unserem Land leben, dann ist es richtig zu sagen: Wir leben mit euch zusammen, und lasst uns gucken, wie ihr diese Ordnung, von deren Offenheit und Toleranz wir überzeugt sind, mitgestalten könnt.

ZEIT: Sie galten in den neunziger Jahren als »Modernisierer«. Kommt Ihnen manchmal der Gedanke, die Union sei in diesen Jahren in den Fragen der sozialökonomischen Modernisierung stecken geblieben, wurde 1998 abgewählt und muss nun - nimmt man die Debatte um Jürgen Rüttgers - in der Großen Koalition den Klärungsprozess nachholen?

Schäuble: Wir waren 1996 schon so weit, und dann kam Schröder und hat es rückgängig gemacht. Das Soziale wird in der Union niemals erledigt sein. Aber wir können es nicht mehr mit den Ansätzen der sechziger und siebziger Jahre bewältigen. Ich erinnere nur an den

Leipziger Parteitag 2003. Manche haben uns am 18. September vergangenen Jahres gesagt, wir hätten ein zu reformfreudiges Programm. Die Debatte, die wir mit Jürgen Rüttgers über eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für lang- jährige Beitragszahler führen, ist doch etwas völlig Normales. In dieser Sache bin ich anderer Meinung als Rüttgers, und das weiß er von mir auch.

ZEIT: War das Wort von der »Lebenslüge«, Sozialstaatsabbau scharfe Arbeitsplätze, falsch?

Schäuble: Lebenslüge - dieses Wort gebraucht er selber nicht mehr. Da teile ich seine Meinung nicht. Aber ich verteidige mit großer Entschiedenheit sein Recht und die Pflicht von uns allen, solche Dinge zu sagen. Ich finde, eine Volkspartei darf nicht monolithisch sein.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE GUNTER HOFMANN UND JAN ROSS